

Dr. Karsten Rudolph MdL

## **Vertrauensverlust, Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten der Politik**

Vortrag an der Fachhochschule Südwestfalen – Hochschule für Technik und  
Wirtschaft am 27. April 2005 in Meschede

Anrede

Gestatten Sie mir zunächst eine mit unserem Thema zusammenhängende Vorbemerkung aus Anlass des 60. Jahrestags des Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus:

Das NS-Regime zerstörte nicht nur endgültig die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, es brachte nicht nur Unfreiheit, Krieg und Vernichtung über Europa, es zerstörte auch die deutsche Politik, indem es das Regierungssystem einer modernen deutschen Gesellschaft ruinierte.

Der „Amoklauf des Regimes nach innen und außen“ (Hans Mommsen), der sich in der Eskalation der Kriegsführung und einer radikalen Politik der Realisierung des Utopischen ausdrückte, verbarg durch seinen terroristischen Grundzug eine beispiellose „Entprofessionalisierung des Regierungssystems“.

Dass sich das Regime im Angesicht seiner militärischen Niederlage zur Überraschung der Alliierten so sang- und klanglos auflöste, hatte nämlich auch spezifisch innere Ursachen, an die ich Sie bei dieser Gelegenheit aufmerksam machen möchte.

Die Zerstörung der Politik resultierte aus der Zersetzung ursprünglich transparenter politischer Entscheidungsstrukturen durch ein polykratisches System, in dem die Unterschiede zwischen Staat und Parteieinrichtungen, zwischen Privatem und Öffentlichem zusehends verloren gingen, in dem immer mehr führerimmediate Apparate, Behörden und Sonderstellen aufgebaut wurden, um eine Vielzahl meist hypertropher Ziele gleichzeitig zu erreichen.

Sie resultierte weiter aus einem fortschreitenden Verlust der Zweck-Mittel-Relation durch eine „reaktive Ad-hoc-Politik“, die keine nachhaltigen Prioritäten zu bilden vermochte, die keine seriösen mittelfristigen Planungen kannte und keine wirklich politisch tragfähigen Problemlösungen hervorbringen konnte sondern stattdessen auf einer kurzfristigen, maximalen Ausbeutung bürokratischer, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ressourcen beruhte, um guten teils widersprüchliche Zielsetzungen und utopische Lösungen zu realisieren.

Und schließlich sorgten das systematische Niederreißen rechtsstaatlicher Grundsätze und die Aufgabe jeglichen transparenten gesetzlichen Vorgehens, das unter dem Mantel des permanenten Ausnahmezustands erfolgte, für den Verlust

jeglicher öffentlicher Moral, so dass Tür und Tor für eine korrumpierende Personalpolitik und einen für eine moderne, komplexe Gesellschaft archaisch anmutender personaler Führungsstil geöffnet werden konnte.

Die Selbstzerstörungsbefehle aus dem Führerhauptquartier in den letzten Wichen des Krieges resultierten genau aus dieser Logik der Zerstörung von Politik.

Wenn Politik „die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen“ (Thomas Meyer) ist, dann wurde sie durch das NS-Regime gründlich diskreditiert.

Die deutsche Politik war somit längst zerstört als die Regierungen der vier Mächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich in ihrer Berliner Deklaration am 5. Juni 1945, die Übernahme der „obersten Regierungsgewalt in Deutschland“ proklamierten.

Danach bedurfte es erheblicher und langjähriger Anstrengungen und zahlloser vieler kleiner Schritte bis die deutsche Politik nach innen und nach außen Vertrauen aufbaute, wachsende Verantwortung übernehmen konnte und an Handlungsmöglichkeiten gewann.

Dennoch blieben apolitische Sehnsüchte, vordemokratische Einstellungen und eine Verachtung des Politischen lange Zeit virulent. Die mentalen Folgen dieser Zerstörung finden sich in einer stark entpolitisierten Nachkriegsgesellschaft, in der Politik fast durchgängig als ein „schmutziges Geschäft“ verstanden wurde. Es dauerte einige Zeit bis auch die Deutschen erkannten, dass Winston Churchill mit seiner Feststellung Recht hatte, dass die Demokratie die schlechteste Regierungsform sei außer allen anderen. Und bis sie damit auch feststellten, dass ohne Politik keine Gesellschaft auskommt.

Damit zurück in die jüngste Vergangenheit und in die Gegenwart.

Wegen der im 19. und 20. Jahrhundert gepflegten Politikferne der Deutschen und einer bisweilen maßlos geübten Kritik an den Parteien ist Parteienkritik in Deutschland immer ein schmaler Grad gewesen, aber Kritik an Politik und Parteien

bedeutet heute nicht mehr die Parteiendemokratie aufzugeben. In der Regel geht es um ihre Vitalisierung und Verbesserung.

In dieser Perspektive lag auch die Kritik, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor mehr als zwölf Jahren übte, als er den Parteien einen übermäßigen, ihnen nicht zukommenden Einfluss auf die Verfassungsorgane vorwarf.

Was die Wirkung eines schädlichen Einflusses der Parteien auf die Nominierung des Bundespräsidenten anbelangt, so ist von Weizsäcker letztes Jahr bestätigt worden.

All das, was üblicherweise als Maßstab an eine gelingende Amtsführung des Bundespräsidenten angelegt wird – parteipolitische Neutralität, konsensstiftende Handlungen, identitätsbildendes Auftreten, geistig-politische Orientierung – ist im Zusammenhang mit der Kandidatenauswahl für das höchste Staatsamt im Jahr 2004 gründlich misslungen, ja ins Gegenteil verkehrt worden. Den Präsidentenmachern ging es – um ein von Theodor Eschenburg für das Amt des Bundespräsidenten benutztes Wort umzumünzen – um *potestas* nicht um *auctoritas*, es ging ihnen gar nicht in erster Linie um das formal höchste Staatsamt, sondern um das faktisch mächtigste Amt, das Amt des Bundeskanzlers, respektive der Auswahl des nächsten Kandidaten oder der nächsten Kandidatin für dieses Amt.

Schon widersprechen würde ich von Weizsäcker, was den Einfluss einer Partei auf die Amtsführung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung anbelangt. Die von Bundeskanzler Schröder vor dem Bundestag verkündete Agenda 2010 ging mitnichten auf aktuelle Beschlüsse seiner Partei zurück. Im Gegenteil: Seine Partei eignete sich diese Agenda in einem konfliktreichen Prozess erst nachträglich an.

Auch ist der Einfluss der Parteiführungen auf die Arbeit des Deutschen Bundestags längst nicht so stark, wie von Weizsäcker es behauptete. Dass Unwesen, das ein Koalitionsausschuss in der Regierungszeit der konservativ-liberalen Koalition unter Helmut Kohl gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag spielte, wurde von der rot-grünen Koalition jedenfalls nicht weiter getrieben. Es ist tatsächlich eine geradezu gegensätzliche Entwicklung verzeichnen: Die Parteien verwandeln sich immer stärker in Fraktionsparteien, in denen die Mandatsträger, die ja Berufspolitiker sind, den Ton angeben. Die Ressourcen der Parlamentsfraktionen übersteigen in vielen Fällen inzwischen die Ressourcen der so genannten „Parteiapparate“.

Anders verhält es sich mit dem Bundesrat, der sich immer wieder in Parteiblöcke aufteilt und über den die jeweilige Opposition – wenn sie dort eine Mehrheit hat – mit

Verve versucht, zwei anderen Verfassungsorganen, der Bundesregierung und dem Bundestag, das Regieren schwer zu machen. Dies mündet fast immer in einen schwierigen und langwierigem Aushandlungsprozess, der Verantwortlichkeiten verwischt und schlimmstenfalls in eine Blockade staatlichen Handelns mündet. Die Ergebnisse von Wahlen zum Deutschen Bundestag können somit schon kurzfristig eine entsprechende Besetzung des Bundesrat umgedeutet werden.

Der Einfluss der Parteien auf das fünfte Verfassungsorgan, das Bundesverfassungsgericht, besteht vor allem in der Auswahl der Verfassungsrichter, aber nicht in einer unmittelbaren Beeinflussung der Entscheidungen des Gerichts. Hier besteht das Problem viel mehr darin, dass sich das Gericht seit den siebziger Jahren zu sehr in eigentlich politisch zu entscheidende Fragen begeben hat oder gezwungen wurde, so dass es zu einer zunehmenden Politisierung der Rechtssprechung und Verrechtlichung der Politik gekommen ist.

Anders als Richard von Weizsäcker vor zwölf Jahren sehe ich heute eher in der Schwäche der Parteien eine Gefahr für die Demokratie und einen Grund für die Handlungsprobleme der Politik. Diese signifikante Schwäche der Parteien, die sich in Mitgliederverlusten und Wahlenthaltung der Bürger ausdrückt, insbesondere aus drei Faktoren: Medien, Macht und Moral.

Erstes Stichwort - Medien: Wir haben es zu tun mit einer Krise der Versammlungsdemokratie und einer Erosion des politischen Raums.<sup>1</sup> Die zentralen Orte der Versammlungsdemokratie sind die Mitgliederversammlungen in den Basisorganisationen der Parteien. Hier entscheiden gleichberechtigte Bürger, welche privaten Anliegen zu öffentlichen Anliegen werden und was dem Gemeinwohl zu dienen hat. Natürlich gibt es auch andere Orte, in denen private Anliegen und spezifische Interessen vermittelt werden, doch geht es hier nicht um die Formulierung von öffentlichen Anliegen, sondern in der Regel um spezielle Interessen, um Verbands- oder Gruppeninteressen.

Die traditionelle Versammlungsdemokratie, mithin der öffentliche Raum, der zwischen der Privatsphäre und den staatlichen Institutionen liegt, gerät seit geraumer Zeit gleich von mehreren Seiten unter Druck:

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu: Zygmunt Baumann: Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg 2000, S. 88ff.

Zum einen versuchen politische Profis, also eine Vielzahl von politischen Beratern, Meinungsforschern und sogenannten Spin-Doktoren diese öffentlichen Räume zu dirigieren und zur Verkündung politischer Botschaften „von oben“ zu machen. Diskussionen werden dann als zu langwierig empfunden, Widerspruch als illoyal aufgefasst, Bedenken werden als lästig abgetan. Parteitage werden so – um mit Heiner Geißler zu sprechen – zu „geistigen Sultanaten der Parteiführungen“ und ihrer professionellen Helfern.

Dass diese Entwicklung so stark vorangetrieben werden konnte – einige meinen: musste – liegt vor allem an der ungeheuren Medialisierung der Politik.

Einerseits thematisieren die Medien Rede und Gegenrede auf Parteiversammlungen als mangelnde Geschlossenheit und Uneinigkeit und verstärken damit eine naive Einstellung in weiten Teilen der Bevölkerung, Angehörige einer Partei müssten sich immer einig sein und eine Partei müsste stets geschlossen auftreten. Die Parteien verwandeln sich darüber zusehends in künstliche „Sprachregelungsorganisationen“. Die Personalisierung sorgt dafür, dass die Spitzenpolitiker weniger an ihrer Politik, ihrer Überzeugung oder den sie leitenden Werten gemessen werden, als vielmehr daran, ob sie sich gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen Widersachern durchsetzen können. Der Fall Stoiber/Seehofer hat dies noch einmal eindrücklich gezeigt.

Andererseits okkupieren die Medien mit politischen Talkshows nichts anderes als die Versammlungsdemokratie und simulieren sie dort. Denn diejenigen, die dort vor den Kameras jede Woche versammelt werden, sind ja nicht die „Normalbürger“, die sich für das Gemeinwohl engagieren. Schließlich neigt die mediale Öffentlichkeit inzwischen immer stärker dazu, Privatangelegenheiten zu skandalisieren, die überhaupt keinen öffentlichen Charakter tragen. Ein anschauliches Beispiel hierfür bieten die zahlreichen nachmittäglichen Talkshows nahezu aller Fernsehsender. Sie belegen allerdings auch, dass die Medien nicht wirklich im Stande sind, die dort vorgebrachten private Anliegen in ein öffentliches Interesse zu münzen, selbst wenn sie eine gewisse Berechtigung haben, neben Neugier auch öffentliches Interesse zu finden.

Zum anderen betätigen sich die Medien stärker als jemals zuvor als Meinungsmacher. Bisweilen scheint es so, dass der Artikel 22 unseres Grundgesetzes umformuliert werden müsste. Nicht mehr die Parteien sondern die

Medien „wirken an der politischen Willensbildung des Volkes“ mit. Dass jedenfalls kaum noch zwischen Nachricht und Meinung/Kommentar in zahlreichen Zeitungen und sogenannten Nachrichtenmagazinen unterschieden wird, können sie jeden Tag nachlesen. Schließlich tritt noch hinzu ein unheilvolles Zusammenwirken von „Mediendemokratie“ und „Demoskopiedemokratie“ hinzu. Die Medien bestellen mal nicht-repräsentative (Ted-Umfragen), mal repräsentative Umfragen, um Nachrichten verkaufen zu können und erledigen damit – so scheint es jedenfalls – gleich das Geschäft des Wählens mit. Uns – den Parteien und den Bürgern – wird eine permanente Abstimmung über Politik vorgegaukelt. Warum soll man bei Wind und Wetter, die Wohnung verlassen, um an einer Wahl teilzunehmen, warum sollen Millionen wählen gehen, wenn sich doch per Telefon jederzeit 1000 Bürger bequem angeblich repräsentativ befragen lassen?

Im Ergebnis vertieft diese Form der Medialisierung der Politik die Vermittlungskrise zwischen privaten Anliegen und öffentlichen Interessen und schwächt die Parteien und die ihnen eigene Versammlungsdemokratie.

Wenn sie nicht einem aristotelischen Verständnis von Politik als gleichberechtigtem Verständigungshandeln im öffentlichen Raum zustimmen möchten, dann können sie zum Beispiel auf Machiavelli zurück greifen. Ihm zufolge ist „Politik die Summe der Mittel, die nötig sind, um zur Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten und um *von der Macht den nützlichsten Gebrauch zu machen...*“.

Damit sind wir bei dem Stichwort – Macht und dem zweiten Grund für die aktuelle Schwäche der Parteiendemokratie und die Handlungsdefizite der Politik. Sie liegen darin, dass Politik und Macht immer stärker auseinander getreten sind. Was früher selbstverständlich war, dass nämlich Politik Gestaltungsmacht bedeutet und verbindliche Regeln für alle erstellt, ist heute längst nicht mehr selbstverständlich.

Die Macht ist von den nationalstaatlich fixierten und organisierten Parteien und von nationalen Verfassungsorganen abgewandert. Sie hat sich entweder anonymisiert in transnationale Institutionen, in internationale Investmentfonds oder ist in die Zentralen global agierender Unternehmen, in Medienkonzerne, in Verbände und Interessenorganisationen gewandert.

Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen, eine resultiert direkt aus der Schwäche der Parteien und dem mangelnden politischen Engagement der Bürger.

Das unmittelbare Ergebnis dieser Tendenz besteht in einem Verlust an Demokratie. Denn Fondsmanager oder Vorstandsvorsitzende können Sie nicht wählen oder abwählen. Eine Aktionärsversammlung ist nicht der Deutsche Bundestag.

Demokratische Macht gibt es nur mit Mitgliederparteien, die im öffentlichen Raum agieren und mit den der Demokratie und dem Mehrheitsprinzip verpflichteten staatlichen Institutionen. Es gibt sie nicht mit schwachen Parteien, nicht mit Parteien, durch Interessengruppen erpressbar sind, nicht mit Parteien, die öffentliche Interessen dem Primat einer kurzsichtigen Ökonomie unterordnen und auch nicht mit kleineren, gut informierten, mobilen sozialen Gruppen, die sich darauf spezialisiert haben, ihre besonderen Wünsche möglichst effektiv gegen weite Teile der Bevölkerung durchzusetzen.

Mit dieser Machtverlagerung vollzieht sich übrigens auch eine Verlagerung des öffentlichen Ansehens: Musste sich vor zwanzig Jahren noch jeder Unternehmer schämen, wenn er Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entließ, so kann er sich heute für Rationalisierungen und Betriebsverlagerungen, die Tausende von Arbeitsplätzen vernichten, feiern lassen. Daneben sinkt das Ansehen der Politikerinnen und Politiker mit dem Verlust ihrer Macht als mit den von ihnen verursachten Skandalen. Ihnen schlägt nicht mehr nur von weiten Teilen der Funktionseleiten, sondern zunehmend auch von Seiten derjenigen, die eigentlich in besonderem Maße auf Politik angewiesen sind, nichts als „müde Verachtung“ entgegen.

Zum dritten Stichwort – Moral. Die Diagnose von Altbundeskanzler Helmut Schmidt stimmt. Es gibt einen „Verfall der öffentlichen Moral“ und er ist auch deutlich vorangeschritten.<sup>2</sup>

Dass sich Skandale häufen, in der Politik, im Sport, in der Wirtschaft ist schwerlich zu bestreiten. Die Funktionseleiten werden ihrer Vorbildrolle und ihrer Verantwortung nicht hinreichend gerecht. Es gibt einen Kult der Erfolgs, der jedes Mittel zu rechtfertigen scheint. Wenn ein Unternehmer und Verbandsfunktionär – wie am Sonntag geschehen – in einer politischen Talkshow sagt, die moralische Kritik an einem Raubtierkapitalismus würde in die Leere gehen, weil es für jedes Unternehmen nur darum gehe, die beste Rendite zu erwirtschaften und bei der

---

<sup>2</sup> Helmut Schmidt: Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral. Deutschland vor dem neuen Jahrhundert, 3. Aufl., Stuttgart 1998.

Auftragsvergabe stets der Erste sein zu müssen, dann stellt er sich außerhalb jeder öffentlichen Moral und Gemeinwohlverpflichtung. Dazu Helmut Schmidt (schon 1998):

„Aber viele Manager verfolgen ganz andere Ziele als das Gemeinwohl. Ihr Unternehmen soll größer werden als die anderen. Sie wollen als *global players* mitspielen. Sie wollen Gewinn und Börsenkurs der Aktien ihres Hauses steigern. Sie suchen Prestige und Bewunderung bei ihresgleichen. Ein egomaner Größenwahn hat manche von ihnen ergriffen: Man möchte der Größte sein, der größte möglichst nicht nur in Deutschland, sondern in Europa, zumindest möchte man ‚Marktführer‘ der eigenen Branche sein. Wir brauchen aber nicht die größten Banken, besser wäre es, wir hätten die solidesten Banken. Wir brauchen auch nicht die größten Automobilhersteller; es wäre jedoch schön, wenn sie die wenigsten Rückrufe wegen Konstruktions- und Herstellungsmängel aufwiesen und wenn ihre Fahrzeuge umweltschonender wären als andere. Es wäre eine Wohltat für alle, wenn die Manager der Dienstleistungs- und Versorgungsunternehmen ihren Ehrgeiz darein setzten, Tarife und Abrechnungen für ihre Kunden lesbar und verständlich zu machen und ihre Angestellten zu entgegenkommender Höflichkeit gegenüber den Kunden anhalten. Ein Wettbewerb im Dienst am öffentlichen Wohl wäre wortwörtlich eine Wohltat.“

Der „Kult des Erfolgs“ um jeden Preis, rücksichtsloser Egoismus, Selbstsucht und Habgier sind die Totengräber jeder öffentlichen Moral. Eine „McKinsey-Gesellschaft“ hat aber auf Dauer keinen Bestand. Sie zerstört zunächst die demokratische Politik und sodann die Gesellschaft, weil sie den Menschen nicht mehr genügend Gründe liefert, sich um andere Menschen zu kümmern.<sup>3</sup>

Dass es auch anders geht, dass es zivilisatorischen Fortschritt geben kann, zeigt unsere Geschichte: Konnte der Sklavenhandel nicht abgeschafft werden, obwohl die Plantagenbesitzer mit einem Ausfall der Baumwollernte drohten und die Sklavenhändler das Ende nicht nur ihres eigenen Gewerbes sondern auch der Überlegenheit der weißen Weltwirtschaft ausmalten? Konnte die Kinderarbeit in den europäischen Ländern nicht abgeschafft werden, obwohl die Fabrikbesitzer vor steigenden Arbeitskosten warnten? Heutzutage hätten sie von mangelnder Konkurrenzfähigkeit, vor Wettbewerbsnachteilen gesprochen und mit

---

<sup>3</sup> Vgl. Richard Sennet: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998.

Betriebsverlagerungen gedroht. Dennoch: Es gehört zu unserem Grundbestand an öffentlicher Moral, dass sich Sklavenhandel und Kinderarbeit nicht gehören.

Es ist deshalb richtig, wenn die Politik heute nicht nur mit schärferen Gesetzen und Verhaltensrichtlinien auf die Skandale und Verfehlungen in der eigenen Klasse reagiert, sondern auch andere im Sinne im Interesse des Gemeinwohls an Mindestformen der öffentlichen Moral erinnert.

Dafür ist es notwendig, dass die Demokratie wieder an Macht gegenüber undemokratischen Machtzusammenballungen gewinnt. Sonst beschleunigt sich jener Einstellungswandel unter den Bürgern, den Jedediah Purdy so anschaulich beschrieben hat:<sup>4</sup> Ist die Bürgerschaft erst einmal durch die Politik, durch die Medien, durch demokratische nicht legitimierte Macht und durch den Verfall der öffentlichen Moral zum teilnahmslosen Publikum degradiert worden, verachtet sie auch die demokratische Politik, die Parteien und die Politiker auf eine folgenschwere Weise. Die Bürger spielen das Spiel zwar mit – das Spiel, dass von *den* Politikern nichts zu anderes zu erwarten sei, außer dass sie unser Geld, unsere Stimme und auch noch unsere Zuneigung wollen – sie verachten aber das ganze politische Spektakel als eine Show der *political junkies* um so mehr.

Purdy benennt einen Ausweg aus dieser Spirale der Verachtung. Er appelliert an die Bürger, die Politik nicht allein der politischen Klasse zu überlassen und fordert von ihnen, ernsthafte politische Forderungen an die Politiker richten. Die Bürger sollen selbst einen Einstellungswandel zur Ernsthaftigkeit vollziehen, damit die Politik wieder zur Redlichkeit gezwungen werden kann.

Demokratische Mitgliederparteien sind nichts anderes als eine Form der Rückversicherung auf Redlichkeit. Ohne sie würde der Graben zwischen den Politprofis und den „Zuschauern“ fast unüberwindbar.

Aus dieser Analyse leite ich fünf Konsequenzen ab:

*Erstens:* Wenn die Politik aus der selbst gestellten Verflechtungsfalle aus unklaren Verantwortlichkeiten, langsamen Entscheidungsprozessen, Intransparenz, Ansehensverlust und eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten heraus will, dann muss die „Föderalismus-Kommission“ einen neuen Anlauf nehmen und zu

---

<sup>4</sup> Jedediah Purdy: Das Elend der Ironie. Wo der Zeitgeist im Fitnesscenter weht, stirbt das öffentliche Leben. Plädoyer für eine neue Politik, in: DIE ZEIT 37/2000.

Ergebnissen führen. Sonst kommt die Politik aus ihrer eigenen, durch sie mitverursachten Krise nicht heraus.

*Zweitens:* Die Versammlungsdemokratie muss neu belebt werden. Dies kann nur gelingen, wenn sich die Parteien nicht „billig machen“. Es ist relativ einfach, in eine Partei einzutreten und es ist relativ einfach, diese auch wieder zu verlassen. Nur wenn man Mitglied einer Partei ist, erwirbt man besondere Rechte, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Sie bestehen darin, politische Programme der Parteien mitzugestalten und an der Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter mitzuwirken. Dieses Recht sollten sie ebenso nutzen wie ihr Wahlrecht.

Oder in den Worten unseres Ministerpräsidenten Peer Steinbrück: Diejenigen, die sich für schlau halten, weil sie sich nicht für das Gemeinwohl engagieren und nicht wählen gehen, werden anschließend von welchen regiert, die dümmer sind als sie selbst.

*Drittens:* Begegnen sie den Medien nicht unkritischer als der Politik und den Parteien. Wenn Sie den Einfluss der „Demoskopie“ zurück gedrängt haben wollen, setzen sie sich dafür ein, dass Meinungsumfragen wenigstens vier Wochen einer Wahl nicht mehr zu einem politischen-medialen Kampfmittel werden können, indem sie verlangen, dies gesetzlich zu unterbinden.

*Viertens:* Erinnern Sie die Funktionseliten an ihre Verantwortung und helfen Sie mit, diese auf eine öffentliche Moral zu verpflichten, die dem Gemeinwohl und dem sozialen Frieden dient. Ein Mittel besteht darin, dass die Vorstände großer Unternehmen ihre Einkünfte öffentlich machen müssen.

*Und fünftens:* Nehmen Sie sich selbst als Staatsbürger ernst, damit Sie die Politik zu größerer Redlichkeit zwingen können und die Kritik an der Politik praktische Konsequenzen gewinnt.